

BUND Brandenburg, Friedrich-Ebert-Str. 114 A, 14467 Potsdam

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung
Ministerin Kathrin Schneider
Postfach 60 11 61
14411 Potsdam

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Str. 114 a
14467 Potsdam
Tel.: 0331 / 237 00 141
Fax: 0331 / 237 00 145
bund.brandenburg@bund.net

Landesvorstand
Vorsitzender: Carsten Preuß
Stellvertreter: Franziska Sperfeld
Thomas Volpers

Geschäftsführer: Axel Kruschat

Vereinsregister: Potsdam 2359P
Steuernummer: 046/142/09297

Anerkannter Naturschutzverband
nach Bundesnaturschutzgesetz
Spenden sind steuerlich absetzbar.

Spendenkonto: GLS Bank
IBAN: DE24430609671153278200
BIC: GENODEM1GLS

Potsdam, den 24.04.2017

Offener Brief des BUND bezüglich Stickoxidemissionen bei Diesel-Neuwagen

Sehr geehrte Ministerin Schneider,

auch Sie beschäftigen sich derzeit sicher mit der Frage, wie die gesetzlichen EU-Grenzwerte für Stickstoffdioxid in den Städten in möglichst naher Zukunft endlich einzuhalten sind. In diesen Tagen muss die Bundesregierung der Europäischen Kommission im Vertragsverletzungsverfahren wegen dauerhafter Nichteinhaltung der Stickstoffdioxid-Grenzwerte antworten. Auch lokal lastet ein hoher Druck auf den hochbelasteten Städten, von denen sich einige bereits gezwungen sehen mit lokalen Fahrverboten für Dieselfahrzeuge zu reagieren.

Die Debatte um die Einführung einer Blauen Umweltplakette ist sicher nötig und eine solche auch Teil unserer Forderungen. Jedoch darf eine Blaue Plakette nur Fahrzeugen zugesprochen werden, die auch auf der Straße sauber sind.

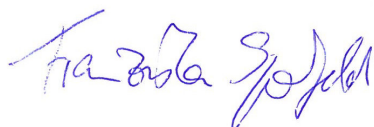
Wir möchten ihre Aufmerksamkeit auf einen Aspekt des Problems lenken, der unserer Meinung nach aktuell noch viel zu wenig diskutiert wird und der Wirksamkeit der Einführung einer Blauen Plakette entgegensteht.

Im Bericht der Untersuchungskommission „Volkswagen“ des Bundesverkehrsministeriums aus dem April 2016 lag der Stickoxidausstoß bei rund 86 Prozent der getesteten Euro-6-Dieselfahrzeuge in der Realität teils massiv über dem gesetzlichen Grenzwert von 80 mg/km. Hochgerechnet auf aktuelle Neuwagenstatistiken summiert sich dies deutschlandweit auf rund 3.500 Neuwagen, die tagtäglich weiterhin verkauft werden und noch über Jahre und Jahrzehnte zu viele Stickoxide ausstoßen werden.

Dass diese Fahrzeuge auch heute noch verkauft werden dürfen, ist nach unserer Auffassung nicht vereinbar mit geltendem EU-Recht. Dies bestätigen zahlreiche renommierte Gutachten. Das Bundesverkehrsministerium hat aber seit der Veröffentlichung des Untersuchungsberichtes keine Maßnahmen getroffen, um das „Weiter so“ der Hersteller zu unterbinden. Somit sind seit April 2016 rund 1.290.000 Diesel-Neuwagen verkauft worden, die ihre gesetzlichen Anforderungen in der Realität offensichtlich nicht einhalten. Darin sehen wir eine massive Verletzung der Aufsichtspflicht des Bundesverkehrsministeriums.

Wir möchten Sie daher darum bitten, Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt aufzufordern, den weiteren Verkauf solcher Fahrzeuge zu unterbinden. Neuwagen, die in den Handel gebracht werden, müssen ihre Stickoxid-Grenzwerte auch im Realbetrieb einhalten. Alles andere widerspricht dem Gesundheits- und Umweltschutz. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich bei der nächsten Landesverkehrsministerkonferenz und darüber hinaus des Themas annehmen und sich zum Schutz der in Brandenburg lebenden Bürgerinnen und Bürger auch öffentlich zu diesem haltlosen Zustand äußern.

Mit freundlichen Grüßen



Franziska Sperfeld
Stellvertretende Vorsitzende des BUND Brandenburg